

Bern, 28. November 2022

Wintersession 2022: Empfehlungen von AvenirSocial

Sehr geehrte Mitglieder des Nationalrates

Als Berufsverband der Sozialen Arbeit vertritt [AvenirSocial](#) die Interessen der Fachpersonen mit einer tertiären Ausbildung in Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokultureller Animation, Gemeindeanimation, Kindheitspädagogik und Arbeitsagogischer Leitung.

Was Sie als Parlamentarier*in entscheiden, hat direkte Folgen für die Profession, die Fachpersonen und die Adressat*innen der Sozialen Arbeit. Als Berufsverband sind wir bestrebt, dass Ihre Entscheidungen zu mehr Solidarität und sozialer Gerechtigkeit führen. Ebenso streben wir die Ermächtigung der Menschen an, sodass eine selbstbestimmte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

Gerne übermitteln wir Ihnen nachfolgend unsere Empfehlungen zu Geschäften, die für die Wintersession traktandiert sind und die Soziale Arbeit direkt betreffen. Unsere Empfehlungen zu früheren Geschäften finden Sie [hier](#).

Fokus: [21.454](#) – parlamentarische Initiative «Damit die Anspruchsvoraussetzungen für die Sozialhilfe und die Folgen des Sozialhilfebezugs nicht zusätzlich zur Verarmung beitragen»

Behandlung unter «Parlamentarische Initiativen 1. Phase» am 5., 6., 8., 12., 13., 14. oder 15. Dezember 2022

Empfehlung: Annahme

Die parlamentarische Initiative verlangt, dass das Zuständigkeitsgesetz (ZUG) oder andere gesetzliche Grundlagen modifiziert werden, um die Hürden für den Bezug von Sozialhilfe abzubauen. Wie Erhebungen zeigen, beträgt der [Nichtbezug von Sozialhilfe mindestens 30 Prozent](#). Eine Nichtinanspruchnahme von rechtmässigen Unterstützungsleistungen bedeutet ein Leben in grosser Armut und hat gravierende Folgen für die Betroffenen und ihr Umfeld.

Mit der gesetzlichen Anpassung soll die Pflicht, dass Sozialhilfeleistungen nach Ende des Bezugs rückerstattet werden müssen, abgeschafft werden. Weiter sollen die Versuche einer Andersbehandlung verschiedener Anspruchsgruppen, zum Beispiel aufgrund der Nationalität, unterbunden werden.

AvenirSocial plädiert für die Annahme der parlamentarischen Initiative, da die [Zahlen aufzeigen](#), dass je weniger Hürden der sozialhilfebeziehenden Person in den Weg gelegt werden, umso schneller eine Notlage überwunden und nachhaltig verhindert werden kann.

22.043 – Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)

Behandlung am Mittwoch, 14. Dezember 2022 sowie am Donnerstag, 15. Dezember 2022

Empfehlung: Annahme

Den Lebensabend in prekären finanziellen Verhältnissen zu verbringen, wünscht sich niemand. Ein Leben mit äusserst knappen Mitteln im Alter ist aber je länger je mehr eine Tatsache in der Schweiz. Gemäss [Pro Senectute](#) leben fast 300'000 Personen im Rentenalter an der Armutsgrenze. Die Betroffenheit ist ungleich verteilt: Frauen, Menschen ohne Schweizer Pass, Personen mit tiefem Bildungsstand und niedrigem Einkommen und somit weniger finanziellen Reserven weisen ein grösseres Risiko auf, nach der Pensionierung in Armut zu leben.

Aus diesen Gründen befürwortet AvenirSocial die Initiative, da sie den dringend nötigen finanziellen Spielraum von Rentner*innen vergrössert und ein menschenwürdiges Leben im Alter ermöglicht.

22.404 – Parlamentarische Initiative SPK-NR «Für eine wirklich erleichterte Einbürgerung der dritten Generation»

Behandlung unter «Parlamentarische Initiativen 1. Phase» am 5., 6., 8., 12., 13., 14. oder 15. Dezember 2022

Empfehlung: Annahme

AvenirSocial vertritt die Ansicht, dass wir da, wo unser Lebensmittelpunkt ist, wo wir leben, uns bilden und arbeiten, mitbestimmen sollen bei Themen, die ebendiesen betreffen. In der Schweiz kann dies, wer über die Schweizer Staatsbürger*innenschaft verfügt. So unterstützen wir die Forderung der parlamentarischen Initiative, das Bürgerrechtsgesetz dahingehend anzupassen, damit die Einbürgerung der dritten Generation effektiv erleichtert wird.

Das Bürgerrechtsgesetz anzupassen ist notwendig, da die Stimmbevölkerung die erleichterte Einbürgerung der dritten Generation 2017 klar angenommen hatte. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass die Hürden zu hoch sind und die Einbürgerungszahlen entsprechend tief sind.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung der Anliegen. Für Rückfragen stehen ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Annina Grob
Co-Geschäftsleiterin